

# Hilferuf an die NATO: 20 000 Kosovo-Albaner von Serben eingekesselt

## Verstrahltes Castor-Gestell auf Lagerplatz entdeckt

ap/dpa Bonn - Experten von Bahn und Atomkraftwerk haben auf dem Lagerplatz in Darmstadt ein radioaktiv belastetes Gestell des Castor-Reaktors entdeckt. Das Metall-Gestell zum Einhängen eines Castors sei an einer sonst zugänglichen Fläche stark verstrahlt gewesen, berichtete das Hessische Umweltministerium. Die Dose werde bis zu zehn Mikrosievert pro Stunde, dem Hundertfachen der natürlichen Strahlung. Die Angaben bezogen sich auf eine Fläche (Hot Spot) von weniger als einem Quadratmeter, hieß es. Das Gestell stehe seit September 1997 auf dem Lagerplatz und sei zuletzt für einen Strahlentransport abgebrannt worden. Ein Transportelement benutzt worden.

Nach einer Sitzung der Strahlenschutzkommission erklärte der Bonner Umweltminister, die kontaminierten Transportkästen hätten zu keiner Strahlenbelastung für Begleiter und Bevölkerung geführt. Dagegen leitete die Staatsanwaltschaft Hanau Ermittlungen gegen das Unternehmen Nukleare Transportleistungen (NTL) wegen Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung. Es sei nicht auszuschließen, daß durch radioaktiv belastete Transporte Arbeiter und Polizisten gefährdet worden seien. Das bewertete die Strahlenschutzkommission. Die natürliche Strahlung sei zehnmal höher als die von den radioaktiv verunreinigten Behältern ausgehende Gammastrahlung. Für die eingesetzten Polizisten habe es „zu keinem Zeitpunkt“ eine Gesundheitsgefahr gegeben. Die FDP forderte den niedersächsischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder auf, unverzüglich sein Amt niederzulegen. Ein Mandat beim Kernkraftbetreiber PreussenElektra zurückzugeben. Die Landesregierung spiele in der Castor-Affäre eine „zweifelnde Rolle“, sagte der Bonner FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms.

## Atommächte drängen Indien und Pakistan: 'Verhandeln!'

ap/dpa Genf - Zum Abschluss einer Krisensitzung in Genf haben die fünf zentralen Atommächte Indien und Pakistan zu einem Verzicht auf weitere Atomtests gedrängt. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie nach dreistündigen Beratungen die beiden Erzrivalen zu einer gegenseitigen atomaren Lösung durch einen direkten Dialog. Auf beiden Seiten sollten nach ihren Atomtests auf jede weitere militärische Provokation verzichtet. Zugleich forderten die fünf Minister der USA, Rußlands, Chinas, Englands und Frankreichs, die die Weitergabe atomarer Technologien und entsprechender Technologie an Indien und Pakistan zu verhindern. Darüber hinaus wollten die Atommächte die Ausfuhr von Gütern an beide Kontrahenten einfriden, die zum Bau von Atomwaffenfähigen Raketen eingesetzt sind.

Die Außenminister erklärten zudem, daß Indien und Pakistan trotz ihrer Atomtests nicht den Status einer Atomwaffenmacht hätten. Weder Indien noch Pakistan könnten in den Kreis der Atomwaffenstaaten im Sinne des Atomwaffenvertrags aufgenommen werden. Der Vertrag erkennt die Notwendigkeit, die fünf Atommächte zu befragen, um Beziehungen - auch im umstrittenen Kaschmir - durch Verhandlungen zu normalisieren. Ein Status haben um Kaschmir zwei von Kriegen geführt. Die Krise in Asien hat Indien Mitte Mai mit unterirdischen Atomtests ausgenutzt. Pakistan hat daraufhin ebenfalls Atomtests angekündigt. Die USA und Frankreich erklärten sich daraufhin zu Atommächten, was die diplomatische Subkontinent zu beraten.

HA Belgrad/Pristina - Die Zivilbevölkerung in der südserbischen Provinz Kosovo gerät immer stärker zwischen die Fronten serbischer Einheiten und albanischer Untergrundkämpfer. Etwa 20 000 Albaner seien im Gebiet um Decani von der serbischen Polizei eingekesselt und würden mit Artillerie beschossen, berichtete das albanische Kosovo-Informationszentrum gestern in der Provinzhauptstadt Pristina. Die Fluchtwelle aus dem Kosovo nach Albanien und Montenegro hielt an.

Angesichts der sich ausweitenden Kämpfe forderte Bundesaußenminister Klaus Kinkel die NATO auf, schnellstens eine Entscheidung über ihre militärische Präsenz in der Region zu treffen. Er zeigte Verständnis für die Bitte des albanischen Regierungschefs Fatos Nano, die NATO solle die Flüchtlinge in seinem Land in einer „humanitären Aktion“ unterstützen.

„Wenn die NATO nach Albanien und Mazedonien reingeht, sollte auch Rußland mit dabei sein“, sagte Kinkel bei der Mittelmeerkonferenz im italienischen Palermo. Rußland wandte sich aber bereits gegen eine Stationierung von NATO-Einheiten in Albanien und Mazedonien. Statt dessen schlug das Außenministerium in Moskau den Einsatz von Truppen der Vereinten Nationen (UNO) vor. In Pristina verlangten mehrere zehntausend Kosovo-Albaner auf einer Demonstration den sofortigen NATO-Einsatz in Kosovo und nicht außerhalb seiner Grenzen. Frankreich schloss sich unterdessen der italienischen Forderung nach einem Treffen der Balkan-Koalition an.

Rußland wandte sich aber bereits gegen eine Stationierung von NATO-Einheiten in Albanien und Mazedonien. Statt dessen schlug das Außenministerium in Moskau den Einsatz von Truppen der Vereinten Nationen (UNO) vor. In Pristina verlangten mehrere zehntausend Kosovo-Albaner auf einer Demonstration den sofortigen NATO-Einsatz in Kosovo und nicht außerhalb seiner Grenzen. Frankreich schloss sich unterdessen der italienischen Forderung nach einem Treffen der Balkan-Koalition an.

Rußland wandte sich aber bereits gegen eine Stationierung von NATO-Einheiten in Albanien und Mazedonien. Statt dessen schlug das Außenministerium in Moskau den Einsatz von Truppen der Vereinten Nationen (UNO) vor. In Pristina verlangten mehrere zehntausend Kosovo-Albaner auf einer Demonstration den sofortigen NATO-Einsatz in Kosovo und nicht außerhalb seiner Grenzen. Frankreich schloss sich unterdessen der italienischen Forderung nach einem Treffen der Balkan-Koalition an.

Die serbische Seite bestritt, Albanern aus dem Kosovo zu vertreiben. „Wir bekämpfen den Terrorismus. Unsere Aktionen sind nur Verteidigungsmaßnahmen“, sagte der serbische Provinzleiter Vukobradovic. Belgrad-Berichtungen berichteten, starke Einheiten der serbischen Polizei hätten nach Decani kommen als an den beiden Vortagen, es als insgesamt bis zu 10 000 gewesen seien. Nach Montenegro flohen bislang etwa 5000 Kosovo-Albaner, meldete in Genf das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Die serbische Seite bestritt, Albanern aus dem Kosovo zu vertreiben. „Wir bekämpfen den Terrorismus. Unsere Aktionen sind nur Verteidigungsmaßnahmen“, sagte der serbische Provinzleiter Vukobradovic. Belgrad-Berichtungen berichteten, starke Einheiten der serbischen Polizei hätten nach Decani kommen als an den beiden Vortagen, es als insgesamt bis zu 10 000 gewesen seien. Nach Montenegro flohen bislang etwa 5000 Kosovo-Albaner, meldete in Genf das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Die serbische Seite bestritt, Albanern aus dem Kosovo zu vertreiben. „Wir bekämpfen den Terrorismus. Unsere Aktionen sind nur Verteidigungsmaßnahmen“, sagte der serbische Provinzleiter Vukobradovic. Belgrad-Berichtungen berichteten, starke Einheiten der serbischen Polizei hätten nach Decani kommen als an den beiden Vortagen, es als insgesamt bis zu 10 000 gewesen seien. Nach Montenegro flohen bislang etwa 5000 Kosovo-Albaner, meldete in Genf das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Die serbische Seite bestritt, Albanern aus dem Kosovo zu vertreiben. „Wir bekämpfen den Terrorismus. Unsere Aktionen sind nur Verteidigungsmaßnahmen“, sagte der serbische Provinzleiter Vukobradovic. Belgrad-Berichtungen berichteten, starke Einheiten der serbischen Polizei hätten nach Decani kommen als an den beiden Vortagen, es als insgesamt bis zu 10 000 gewesen seien. Nach Montenegro flohen bislang etwa 5000 Kosovo-Albaner, meldete in Genf das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

die „Hochburg“ der albanischen Separatisten im Dorf Glodan umstellt. Alle Zivilisten aus den umliegenden Dörfern seien zu vertrieben. Die Aussetzung der Jagdflüge werde durch die aus bisher noch ungeläuterter Ursache nördlich des Stützpunktes Goose Bay.

# „Der Regierungsschwächer“

## Kopfschütteln über Otto Hauser: Kohls neuer Sprecher gilt auch in der Koalition als „glatte Feilbesetzung“

Von ANDREAS THEWALT

Bonn - Bereits die routinemäßige Morgenlesung dürfte Otto Hauser gestern früh die Laune verloren haben. Helmut Kohl regierte in der Koalition als „glatte Feilbesetzung“.

Der FDP-Chef Gerhardt intervenierte dem Vernehmen nach bereits im Kabinett. Er ist nicht nur Chef der Liberalen, sondern auch der Koalition. Er ist nicht nur Chef der Liberalen, sondern auch der Koalition. Er ist nicht nur Chef der Liberalen, sondern auch der Koalition.

Im Kanzleramt hatte man dem Vernehmen nach gehofft, der 45jährige Hauser könne auch als Bindeglied zwischen Regierung und Unions-Fraktion eine positive Wirkung entfalten. Doch ganz offensichtlich erfüllt sich diese Hoffnung nicht. Denn Hauser ist nach Aussagen zahlreicher Parlamentarier ein ausgesprochen „einfühlerreicher Strippenzieher“.

Im fernem Dresden grüßte Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und sagte, die sächsische Regierung werde „allein entgegenzutreten, was den Eindruck hervorruft, die Fortdauer der nationalen Solidarität sei vom Wahlverhalten der Bürger abhängig.“

## Phantom der Bundeswehr abgestürzt

HA Bonn - Beim Absturz einer deutschen F-4F Phantom im kanadischen Labrador ist gestern der Waffensystemoffizier ums Leben gekommen.

Der Pilot wurde verletzt. Das Jagdflugzeug zerschellte auf bisher noch ungeläuterter Ursache nördlich des Stützpunktes Goose Bay.

## Treuhand darf Strafen erheben

dpa Karlsruhe - Die Praxis der Treuhandanstalt, Investoren in Ostdeutschland mit hohen Vertragsstrafen zur Schaffung von versprochenen Arbeitsplätzen anzuhaken, ist vorzeitig möglich.

Das entschied der Bundesgerichtshof. Dies gelte auch dann, wenn ein Unternehmen die Arbeitsplätze nicht ausfüllt, wie es erwartet entwickelt habe (Az.: V ZR 6/97).

## Meiste Asylbewerber nach Deutschland

KNA Bonn - Innerhalb der EU bleibt Deutschland größtes Aufnahmeland für Asylsuchende.

Zwar sei die Zahl 1997 gegenüber 1996 um 116 000 auf 104 400 gesunken, dennoch liege die Bundesrepublik weit vor England mit 34 400 und Frankreich mit 21 400 Asylsuchenden. Das teilte die Bundesimmigrationskommission mit.

## Anklage gegen Admiral Schmähling

ap Köln - Die Kölner Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen den früheren Admiral und kurzzeitigen Berliner Spitzenkandidaten der PDS, Elmar Schmähling, erhoben.

Dem 61jährigen wird Konkursverschleppung, Untreue und Betrug in rund 170 Fällen vorgeworfen.

## PKK holt „Spenden“ mit Gewalt

ap Dresden - Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK hat 1997 bundesweit bei Landeinsparungen 35 Millionen Mark an sogenannten Spendengeldern eingetrieben.

Das berichtete die sächsische Verfassungsschutzbehörde.

## FDP wehrt Studentenangriff ab

dpa Berlin - Der Versuch von Berliner Studenten, im FDP-Landesverband durch Massenirritation die FDP zu überrennen, ist offenbar gescheitert.

Bei Ende Mai wurden lediglich fünf Mitglieder aufgenommen. Die Berliner FDP hat jetzt 3350 Mitglieder.

## König erhält seine Schlosser zurück

dpa Sofia - Bulgariens Ex-König Simeon hat seine Immobilien, darunter zwei Schlösser, zurück.

Das Verfassungsgericht erklärte die kommunistischen Enteignungen von 1947 für rechtswidrig.

## Rollstuhlfahrer in Peking verhaftet

ap Peking - Mit einem starken Polizeiaufgebot in Peking hat China Führungspersonen der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung Proteste im Ansatz erstickend.

Ein Rollstuhlfahrer, der am Platz des Himmlischen Friedens Flugblätter in die Luft warf, wurde verhaftet.

## Haider dachte an Rückzug - aber blieb

dpa Wien - In der schwersten Krise seiner Föderativen Partei (FPÖ) wegen eines Rückzugsversuchs erklärte der österreichische Rechtspositivist Jörg Haider, er werde nicht zurücktreten.

Haider dachte an Rückzug, aber blieb. Haider dachte an Rückzug, aber blieb. Haider dachte an Rückzug, aber blieb.

## Herzogs Anklage nach dem Euro-Streit

rtz/dpa/ap Ludwigsburg - Bundespräsident Roman Herzog hat dazu aufgerufen, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auszuweiten.

Der Gedankenaustausch dürfe sich nicht auf Regierungskonferenzen beschränken. Er müsse verstärkt auch auf der gesellschaftlichen Ebene stattfinden, forderte Herzog gestern in seiner Jubiläumrede zum 70. Geburtstag.

Die Außenminister erklärten zudem, daß Indien und Pakistan trotz ihrer Atomtests nicht den Status einer Atomwaffenmacht hätten. Weder Indien noch Pakistan könnten in den Kreis der Atomwaffenstaaten im Sinne des Atomwaffenvertrags aufgenommen werden.

Der Vertrag erkennt die Notwendigkeit, die fünf Atommächte zu befragen, um Beziehungen - auch im umstrittenen Kaschmir - durch Verhandlungen zu normalisieren. Ein Status haben um Kaschmir zwei von Kriegen geführt. Die Krise in Asien hat Indien Mitte Mai mit unterirdischen Atomtests ausgenutzt. Pakistan hat daraufhin ebenfalls Atomtests angekündigt. Die USA und Frankreich erklärten sich daraufhin zu Atommächten, was die diplomatische Subkontinent zu beraten.

In seiner Rede kritisierte Herzog auch den jüngsten Personalstreit im lateinamerikanischen Zentralbank. Personalentscheidungen dürften nicht ausschließlich nationalen Gesichtspunkten getroffen oder gar innenpolitisch ausgenutzt werden.

Herzog betonte, von den Völkern könne nicht mehr europäisches Engagement erwartet werden, „wenn die politischen Seiten weiterhin Medienwirksam das Schauspiel der Nationalismen aufzuführen.“

Werde eine Entscheidung von historischer Bedeutung wie die Wirtschafts- und Währungsunion zu politischem Kleingeld gemacht, so würden die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Das Deutsch-Französische Institut war 1948 im schwäbischen Ludwigsburg gegründet worden. Es war eine spontane und rein private Aktion. Die Einrichtung wird unterstützt von Firmen, Banken und Gemeinden. Hauptträger sind das Auswärtige Amt, das Land Baden-Württemberg und die Stadt Ludwigsburg.

## Ein Ende der Schande?

Blüm wirbt auf UNO-Konferenz für ein Verbot der Kinderarbeit

Von ANDREAS THEWALT

Genf - Die Worte eines kleinen Jungen aus Nepal beeindruckten die Delegierten der in Genf tagenden Jahrestagung der internationalen Arbeitskonferenz (ILO) mehr als bedrückende Statistiken über die Kinderarbeit in aller Welt.

Der kleine Nepaleser gehörte zu den Teilnehmern eines internationalen Sternmarsches gegen die Kinderarbeit, der am vergangenen Wochenende in der schwedischen Stadt angekommen war. Einen ergreifenden Presserichter hat er in Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) gefunden.

Blüm hat indischen Kindern, von denen viele regelmäßig arbeiten müssen. Seit Jahren kämpft der Minister gegen diese „Versklavung“.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

gegen diese „Schande für die Menschheit“ zu Felde gezogen. Nach ILO-Schätzungen müssen weltweit etwa 250 Millionen Kinder arbeiten, davon etwa 120 Millionen täglich so lang, daß sie keine Gelegenheit zur Schul- oder Berufsausbildung haben. Hauptgrund für die vor allem in der dritten Welt verbreitete Kinderarbeit ist die Armut der Eltern.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

gegen diese „Schande für die Menschheit“ zu Felde gezogen. Nach ILO-Schätzungen müssen weltweit etwa 250 Millionen Kinder arbeiten, davon etwa 120 Millionen täglich so lang, daß sie keine Gelegenheit zur Schul- oder Berufsausbildung haben. Hauptgrund für die vor allem in der dritten Welt verbreitete Kinderarbeit ist die Armut der Eltern.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.

Die ILO, eine Organisation der Vereinten Nationen, hat in Genf eine Konferenz der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern aus 174 Ländern anberaumen, will auf ihrer Jahrestagung eine Erklärung zu den fundamentalen Arbeitsrechten verabschieden und auf eine Achtung der Arbeitnehmerrechte bestehen.



Roman Herzog fordert einen Ausbau der Beziehungen mit Frankreich



Norbert Blüm bei indischen Kindern, von denen viele regelmäßig arbeiten müssen. Seit Jahren kämpft der Minister gegen diese „Versklavung“.



Otto Hauser, der neue Sprecher von Helmut Kohl, wird als „glatte Feilbesetzung“ kritisiert.



Elmar Schmähling, ehemaliger Admiral und kurzzeitiger Spitzenkandidat der PDS, ist wegen Konkursverschleppung, Untreue und Betrug angeklagt.